

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Berlin geht voran: Gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben!
#positivarbeiten**

Drucksachen 18/3545, 18/3999 und 19/0036 – 2. Zwischenbericht –

Senatsverwaltung für Finanzen
IV LSt Diversity 2 - P 7100-2/2021-3-15
030 9020-2336

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über

Berlin geht voran: Gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben! #positivarbeiten

- Drucksachen Nr. 18/3545, Nr. 18/3999 und Nr. 19/0036 - 2. Zwischenbericht -

Die Senatsverwaltung für Finanzen legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 19. August 2021 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, für das Land Berlin die Deklaration „#positivarbeiten – Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“ der Deutschen Aidshilfe zu unterzeichnen und sich damit den Zielen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst zu verpflichten.

Die Bezirksverwaltungen, Landesbehörden und -ämter sowie Beteiligungsunternehmen des Landes sollen durch den Senat über die Deklaration in Kenntnis gesetzt werden. Um ihren Beitritt zu der Initiative soll geworben werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2021 über den Beitritt zur Deklaration und die Umsetzung der dort formulierten Maßnahme und Ziele zu berichten.“

Dem Abgeordnetenhaus wurde am 1. Dezember 2021 ein Zwischenbericht zur Umsetzung der Maßnahmen vorgelegt (siehe Mitteilung zur Kenntnisnahme an das Abgeordnetenhaus, Drucksache Nr. 19/0036).

Gemäß § 30 Abs. 3 GGO II ist innerhalb von drei Monaten unaufgefordert der nächste Zwischenbericht oder der Schlussbericht zu geben.

Hierzu wird berichtet:

Es wird um Fristverlängerung für die Vorlage des Schlussberichts bis zum 15. September 2022 gebeten.

Mit Schreiben vom 3. Februar 2022 wurden die Senatsverwaltungen über die am 2. Dezember 2021 erfolgte Unterzeichnung der Deklaration durch Herrn Dr. Matthias Kollatz (Senator für Finanzen a.D.) informiert; es wurde auf Informationsmaterialien sowie auf ein E-Learning-Angebot des Deutsche Aidshilfe e.V. hingewiesen und die weitere Umsetzung einzelner Maßnahmen aus der Deklaration wurde angeregt. Darüber hinaus wurden die Senatorinnen und Senatoren gebeten, bei den ihnen nachgeordneten Behörden für einen Beitritt zu werben. Mit Schreiben vom gleichen Tag wurde auch bei den Bezirksverwaltungen um einen Beitritt zur Initiative geworben. Schließlich wird zeitnah auch bei den Unternehmen mit Landesbeteiligung darum geworben werden, der Deklaration beizutreten.

Den Angeschriebenen ist nach Erhalt des Informationsschreibens ein angemessener Zeitraum zu gewähren, die in der Deklaration geforderten Maßnahmen umzusetzen bzw. deren Umsetzung anzustoßen. Ein abschließender Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen ist daher erst zum 15. September 2022 möglich.

Berlin, den 3. Februar 2022

.....
Daniel Wesener
Senator für Finanzen